

ren entstehen, wird angenommen.

Bereits 2006 war als Standort für eine neue Atomanlage die westpolnische Stadt Gryfino (Greifenhagen) genannt worden, weil es dort bereits ein Kraftwerk mit geeigneter Infrastruktur gebe, wird berich-

tet. Die Stadt liege nur drei Kilometer entfernt vom brandenburgischen Ort Mescherin in der Uckermark. Angesichts der Aufregung in Brandenburg hatte Polen damals konkrete Baupläne jedoch dementiert. Nun schein dieses Projekt aber konkrete Züge anzunehmen, heißt es in der

MAZ. Es gebe keine Möglichkeit, in mehreren Jahrzehnten auf Atomenergie in der polnischen Energiebilanz zu verzichten, wird Zbigniew Kaminski zitiert, Direktor in der Energieabteilung des polnischen Wirtschaftsministeriums. Polen erzeuge derzeit 90 Prozent seines Stromes aus

umweltbelastenden, veralteten Kohlekraftwerken. Das Kabinett in Warschau werde jedoch erst im vierten Quartal 2008 die Möglichkeit haben, sich mit dem Vorschlag des Wirtschaftsministeriums zu beschäftigen, heißt es. ●

Atomwirtschaft / Atompolitik

Atomenergie ist keine Lösung, sondern ein Problem

Der deutsche Sonderweg bei der Kernenergienutzung führe auf ein energiepolitisches Abstellgleis, die ehrgeizigen deutschen CO₂-Reduktionsziele würden verfehlt, die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland gefährdet und die Abhängigkeit von Energieimporten aus dem Ausland steige – das erklärte der Präsident der Lobby-Organisation Deutsches Atomforum, Dr. Walter Hohlefelder, in seiner Eröffnungsrede zur Jahrestagung Kerntechnik 2008, einer Werbeveranstaltung der Atomwirtschaft, am 27. Mai 2008 in Hamburg. Deutschland habe angesichts der gewachsenen Herausforderungen im Bereich der Energiepolitik keine Alternative zur Neubewertung der Kernenergie. Die Antwort könne dabei nur sein, die Laufzeiten der bestehenden Kernkraftwerke zu verlängern. Dies sei nicht zuletzt auch notwendig, um eine drohende „Stromlücke“ abzuwenden. Die Hochtechnologie Kernenergie sei eine Errungenschaft, die ihresgleichen suche und mit zum Wohlstand hierzulande beigetragen habe.

Dr. Gerd Rosenkranz, Leiter Politik und Presse der Deutschen Umwelthilfe, Hanna Poddig von der Fachgruppe Energie bei Robin Wood und Peter Dickel von der Arbeits-

gemeinschaft Schacht Konrad und Koordination Endlagerstandorte, machten dagegen auf einer gemeinsamen Pressekonzferenz deutlich, daß die Atomenergie keine Zukunftstechnologie sein könne. Atomenergie helfe nicht beim Klimaschutz und könne aufgrund ihrer enormen Risiken keinen Beitrag für eine ökologische und zukunftsweisende Energiepolitik liefern. Atomenergie sei keine Lösung, sondern ein Problem.

Es sei Zeit für eine Neubewertung der Atomenergie, so Gerd Rosenkranz. Das Risiko der Atomenergienutzung sei in den letzten Jahren deutlich angewachsen. Die Beinahe-Katastrophen oder schweren Störfälle in Forsmark, Brunsbüttel etc. hätten das deutlich unterstrichen. Die Endlagerfrage sei nach über einem halben Jahrhundert des kommerziellen Einsatzes nicht gelöst und hinzu kämen neue Risiken: Atommeiler seien zum Ziel terroristischer Aktivitäten geworden. Das AKW Indian Point – 40 Meilen südlich von Manhattan – sei in der Zielplanung der Attentäter des 11. September 2001 gewesen. Die Ausweitung der Atomenergie auf weitere Länder würde sie zum Ziel innerstaatlicher Konflikte und kriegerischer Auseinandersetzungen machen und die Weiterverbrei-

tung von Atomwaffen anheizen.

Einen weltweiten Aufschwung der Atomenergie, wie ihn die Lobby seit Jahren herbeizureden versuche, gebe es nicht. Weltweit sinke sowohl die Zahlen der in Betrieb befindlichen Atommeiler, als auch die Zahl der Neubauprojekte. Dabei zeige sich, daß die wenigen Neubauten vor

störe das in diesem Fall viele eingefleischte Marktliberale nicht.

Um zu verhindern, daß die Uralt-Atomkraftwerke Brunsbüttel, Neckarwestheim 1 und Biblis A noch vor der kommenden Bundestagswahl 2009 endgültig abgeschaltet werden müssen, haben die Betreiber Anträge für die Übertragung von Strommengen von neue-

AKW-Statistik (Quelle: IAEA; lt. Deutsche Umwelthilfe)

Jahr	Anzahl AKW in der Welt	Anzahl AKW in Europa	Anzahl AKW in Bau
1988		177	
1990			83
1998			36
2002	444		
2007		146	
2008	439		34, davon 10 mit Baubeginn zwischen 1972 und 1987

allem politisch veranlaßte Projekte sind, die ohne staatliche Subventionen nicht auskommen. Nach anfänglich geplanten knapp drei Milliarden Euro werde das finnische Neubauprojekt Olkiluoto nach nicht einmal zwei Jahren Bauzeit nun schon deutlich über vier Milliarden Euro kosten. Statt geplanter vier Jahre sind inzwischen mindestens sechs Jahre bis zur Inbetriebnahme zu erwarten. Wo immer Regierungen ihre Energieversorger zum Bau von Atomkraftwerken drängen, verlangten diese umgehend massive staatliche Subventionen. Nicht nur das Katastrophenrisiko mache Atomkraftwerke einzigartig, sie seien auch die einzige Technologie, die 54 Jahre nach ihrem kommerziellen Start überall auf der Welt erneut „Markteinführungshilfen“ erfordert. Nur

ren AKWs auf diese Anlagen gestellt, kritisiert Hanna Poddig von Robin Wood. Klimaschutz und drohende „Stromversorgungslücken“ führten die Stromkonzerne an, um den weiteren Betrieb ihrer gefährlichen Kraftwerke zu begründen. Doch Stromlücken werde es nicht geben. Das Umweltbundesamt habe zuletzt im April 2008 deutlich aufgezeigt, daß Versorgungslücken durch den Atomausstieg nicht zu erwarten sind.¹

Auch für den Klimaschutz spielten die Atommeiler keine Rolle. Werden die energiepolitischen Vorgaben bei der Stromeinsparung, dem Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und der erneuerbaren Energien eingehalten, würden

¹ vergl. Strahlentelex Nr. 512-513 vom 1.5.2008, S. 8, www.strahlentelex.de/Stx_08_512_S08.pdf

die CO₂-Reduzierungen um 40 Prozent im Jahr 2020 erreicht.

Angesichts der enormen Gefährdungspotentiale könne die Atomenergienutzung keine Alternative für den Klimaschutz darstellen. Das Risiko schwerer Störfälle, die unge löste Entsorgung der radioaktiven Abfälle, aber auch die drohende Weiterverbreitung von spaltbaren Materialien zum Bau von Atomwaffen

Saldo der deutschen Strom-Exporte und -Importe

Exportüberschuss in Terawattstunden (TWh) (1 TWh = 1 Milliarde Kilowattstunden = 10⁹ kWh; DUH 27.5.2008)

Jahr	Strommengen-Export bzw. - Import in TWh
1997	2,4
1998	0,6
1999	-1,1
2000	-3,0
2001	1,3
2002	-0,7
2003	8,0
2004	7,3
2005	8,5
2006	19,8
2007	19,0

seien gewichtige Gründe, die gegen die Atomenergie sprechen.

Wenn die großen Stromkonzerne jetzt die Atommeiler als Klimaretter verkaufen, sei das unglaubwürdig. Dieselben Konzerne, die bei Atomenergie vom Klimaschutz reden, wollten zudem mindestens 19 neue Kohlekraftwerke bauen. Das würde die CO₂-Emissionen für mindestens weitere 40 Jahre auf hohem Niveau fest schreiben. Die Atommeiler sollen lediglich deshalb länger am Netz bleiben und neue Kohlekraftwerke hinzukommen, um noch höhere Gewinne zu erzielen. Die Stromkonzerne wollten expandieren: Allein in den beiden letzten Jahren hätten sie jeweils rund 19 Terawattstunden (19 Milliarden Kilowattstunden) Strom mehr exportiert als importiert.

Das entspreche der Leistung von drei bis fünf großen Kraftwerken, die ausschließlich für den Stromexport betrieben werden.

Von den Gewinnen, die die Konzerne damit erlösen, gehe jedoch kaum etwas in den Ausbau der erneuerbaren Energien. Milliardenbeträge aber würden derzeit in den Neubau von klimaschädlichen Kohlekraftwerken gesteckt.

Die Atomlobby verweise darauf, daß das für schwach- und mittelradioaktive Abfälle vorgesehene Endlager Schacht Konrad bei Salzgitter genehmigt worden sei und die Klagen dagegen weitgehend abgelehnt worden sind, ergänzt Peter Dickel von der Koordination Endlagerstandorte. Sicherheitsrelevante Fragen jedoch, wie der für eine Million Jahre erforderliche Nachweis der Sicherheit oder die enormen Risiken der Atomtransporte zum Endlager, seien von den Gerichten nie behandelt worden.

Für den Standort Konrad und das in Gorleben angestrebte Endlager für hochradioaktiven Atommüll werde die Isolation des Atommülls von der Biosphäre für 1 Million Jahre versprochen, in Morsleben und vor allem in der ASSE II bei Wolfenbüttel habe es jedoch lediglich 40 Jahre gedauert, bis der Atommüll jetzt abzusaufen droht.²

Dramatisch sei die Situation bei der ASSE II. Dort könnte der Salzstock, in dem über 100.000 Atommüllfässer mit radioaktiven Abfällen lagern, einstürzen und mit Wasser volllaufen. Neue Studien zeigen, daß dann schon nach nur 150 Jahren die Radioaktivität an die Oberfläche gelangen kann und die Grenzwerte zum Schutz der Bevölkerung deut-

lich überschritten werden. Dabei seien katastrophale Abläufe auch vorher nicht auszuschließen.

Wer heute in der Auseinandersetzung um den Umgang mit Atommüll öffentlich ernst genommen werden will, könne sich nicht um die desaströsen Erfahrungen aus Morsleben und vor allem ASSE II herumdrücken. Alle Faktoren, die zum Scheitern der ASSE II geführt haben, seien von Anfang an von Anwohnern und unabhängigen Wissenschaftlern dargelegt worden. Politik und Betreiber hätten dieser Kritik widersprochen und sie geleugnet. Wurde die Bevölkerung belogen oder war die Wissenschaft nicht in der Lage, mit ihren Methoden das Offensichtliche wahrzunehmen, fragt Dickel? Solange diese wesentliche methodische „Randbedingung“ nicht geklärt sei, gebe es keinen Grund, sich über neue oder weitere Endlagerstandorte zu unterhalten. ●

Atomwirtschaft

RWE-Atom-Allianzen

Der Energiekonzern RWE will seine deutschen Kernkraftwerke, die wegen des Berliner Atomausstiegs stillgelegt werden müssen, durch neue Nuklearmeiler in Ost- und Südosteuropa ersetzen. Zu seinen Vorhaben gehört als besonders umstrittenes Projekt der Bau eines Atomkraftwerks in einem bulgarischen Erdbebengebiet. RWE will außerdem ein neues Nuklearprogramm der britischen Regierung nutzen und bietet für die Übernahme des größten britischen Energieerzeugers, British Energy.

Auf der Hauptversammlung der RWE AG am 17. April 2008 in Essen kündigte der Konzern eine „verstärkte Internationalisierung“ an. Dazu soll das Investitionsvolumen

um fast ein Drittel auf etwa 6,5 Milliarden Euro im Jahr erhöht werden. Rund die Hälfte der Gelder soll für die Erweiterung des Geschäfts außerhalb der deutschen Grenzen verwendet werden. Erklärtes Ziel ist es, den Anteil des Auslandsgeschäfts von derzeit gut einem Drittel (36 Prozent) auf rund die Hälfte anzuheben.

Umstritten bei einer kleinen Minderheit kritischer Aktionäre ist dabei der Ausbau der Kernenergie. Um die Reaktoren zu ersetzen, die im Zuge des im Jahr 2000 beschlossenen deutschen Atomausstiegs vom Netz gehen sollen, strebt RWE nach neuen Kernkraftwerkskapazitäten auf dem europäischen Markt. Als attraktive Standorte gelten vor allem die östlichen und südöstlichen EU-Länder, für die ein neuer Kernenergie-Boom vorausgesagt wird. In Rumänien, Bulgarien, der Slowakei und Litauen sollen neue Atomkraftwerke errichtet werden, auch Polen will ein erstes eigenes Kernkraftwerk bauen. Die Ukraine plant zwei neue Meiler, Rußland mindestens 20, auch Albanien sowie die Türkei hegen entsprechende Absichten.

Um an diesem Boom teilzuhaben, schreckt RWE nicht davor zurück, ein Kernkraftwerk in einem bulgarischen Erdbebengebiet zu bauen. Dort geht es um das derzeit größte Atomenergie-Vorhaben in der EU: Der bulgarische Energieversorger NEK sucht bis Jahresmitte einen Teilhaber für die Betreibergesellschaft eines neuen, 5,5 Milliarden Euro teuren Kernkraftwerks nahe dem Donaustädtchen Belene. Im Rennen sind nur noch RWE und die belgische Electrabel. Belene gilt als „Leuchtturm-Projekt“: Wer in Bulgarien gewinnt, empfiehlt sich damit auch für den Bau anderer Kernkraftwerke in Ost- und Südosteuropa. RWE – bulgarischen Medienberichten zufolge der Favorit für Belene – ist bereits am Kon-

² vergl. Strahlentelex Nr. 506-507 vom 7.2.2008, S.1-3, www.strahlentelex.de/Stx_08_506_S01-03.pdf und Nr. 502-503 vom 6.12.2007, S.1-2, www.strahlentelex.de/Stx_07_502_S01-02.pdf